Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



deutsche marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

September 1968 | 2. Jahrgang | Preis 20 Pfennig

Die marxistisch-leninistische Bewegung Westdeutschlands wächst und erstarkt

Die letzten Wochen, der letzte Monat brachten ein verstärktes Anwachsen, eine zunehmende Aktivierung der Arbeit der marxistisch-leninistischen Gruppen in Westdeutschland. Der totale Bankrott des modernen sowjetischen Revisionismus, seine völlige Entlarvung als "sozial-imperialistisches System" durch den Überfall auf die CSSR, stärkten die Reihen der marxistisch-leninistischen Weltbewegung und vergrößerten die Zwietracht, die Widersprüche im revisionistischen Lager.

In mehreren westdeutschen Großstädten fanden Demonstrationen statt und wurde in Flugblättern das Vorgehen der Sowjetrevisionisten und ihrer Satelliten gegen die CSSR scharf verurteilt. In einer Flugschrift der "Gruppe ROTER MORGEN Mannheim und der Marxisten/Leninisten Tübingen zur Lage in der CSSR", wird der Kampf der beiden revisionistischen Linien (Novotny und Dubček in der CSSR aufgezeigt und anhand zahlreicher Fakten bewiesen, daß - nachdem die Novotny-Clique längst "die Diktatur des Proletariats abgeschafft und ihre Liquidierung mit hohlen Phrasen überdeckt" hatte - jetzt die ultrarevisionistische Dubček-Clique dazu überging, völlig nach westlichem Vorbild den Kapitalismus im Lande zu restaurieren. In einer "vorläufigen Erklärung der Gruppe ROTER MORGEN Mannheim zur Besetzung der CSSR durch die Sowjetrevisionisten und ihrer Handlanger heißt es: "Wir Kommunisten sind empört, daß die durch die sowjet-revisionistische Renegaten-Clique und ihrer Handlanger erfolgte Besetzung der CSSR unter dem Vorwand geschah, die leninschen Prinzipien wiederherzustellen."

In einer Sonder-Ausgabe der "Freiheit", kommunistische Monatszeitschrift für Rhein und Ruhr, wird die Annexion der CSSR durch die Truppen der sowjetischen Revisionisten und ihrer Satelliten voller Abscheu verurteilt und als "Aggression von faschistischem Typ" entlarvt. Wörtlich heißt es weiter: "Wir, die deutschen Marxisten-Leninisten waren die ersten, die die ultra-revisionistische Dubček-Clique angeprangert haben, aber wir haben niemals einen Hehl daraus gemacht, daß der Vorgänger Dubčeks, Novotny, ebenfalls ein konterrevolutionäres Subjekt ist. Deshalb stand für uns niemals die Frage zur Debatte Novotny oder Dubček, sondern immer die Frage Revisionismus oder Marxismus-Leninismus. Es gibt für einen Kommunisten da kein Überlegen. Revisionismus kann keine Alternative zum Revisionismus sein, sondern der revolutionäre Weg ist der einzig gangbare."

Die FSP/ML schreibt in ihrer Erklärung: "Besonders bestürzt sind wir darüber, daß deutsche Soldaten an diesem Aggressionsakt beteiligt sind. Wir deutschen Kommunisten verurteilen dies auf das allerschärfste. Die Ulbricht-Clique hat damit wieder einmal ihr wahres Gesicht

Volksrepublik Albanien verläßt den Warschauer Pakt

Volksrepublik China versichert brüderliche Hilfe und Solidarität

Angesichts der Tatsache, daß der ursprünglich zum Schutze der sozialistischen Staaten gegen Angriffe des Imperialismus gegründete Warschauer Pakt in ein Instrument der Aggression und Erpressung durch die sowjetisch-revisionistische Renegaten-Clique verwandelt wurde, beschloss die Albanische Nationalversammlung, dieses sinnlos gewordene Bündnis zu verlassen. Gleichzeitig nahm die Versammlung ein Gesetz an, das die albanische Unterschrift unter den "Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" mit Bulgarien, Ungarn, der DDR, Polen, Rumänien, der CSSR und der Sowjetunion vom 14. Mai 1955 annulliert.

Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und der Ministerrat der Volksrepublik erklärten zum Austritt des Landes: Der Warschauer Pakt dient nicht mehr dem Schutz der sozialen Errungenschaften, weil es gerade die revisionistisch beherrschten Länder dieses Paktes sind, die den Kapitalismus restaurieren. Der Pakt hat seine ideologische Klassenbasis verloren. Er dient nicht mehr dem proletarischen Internationalismus, sondern ist zu einem Instrument in den Händen der sowjetischen Arbeiterverräter geworden, zur Durchführung ihrer konterrevolutionären, imperialistischen Ziele, wie die Aggression der Paktstaaten auf die CSSR eindeutig beweist.

Der Warschauer Pakt dient heute dem kriminellen Komplott, das die sowjetischen Revisionisten mit den US-Imperialisten über die Aufteilung der Welt in einerseits sowjet-imperialistische und andererseits US-imperialistische Interessensphären abgeschlossen haben. Das Ziel der sowjetischen Revisionisten und der US-Imperialisten ist die totale Aufteilung der Welt, die Ausbeutung und Knechtung der kleinen Nationen. Diesem kriminellen Komplott dient auch der verbrecherische Atomsperrvertrag. Alle Anti-Imperialisten, alle Völker der Welt, denen die nationale Unabhängigkeit teuer ist, müssen gegen dieses finstere Komplott zur Versklavung der Völker der Welt kämpfen.

Der mutige, konsequente Schritt, den die Volksrepublik Albanien durch ihren Austritt aus dem Warschauer Pakt vollzog, wurde von allen Marxisten-Leninisten der Welt freudig begrüßt. Die Volksrepublik China versicherte dem albanischen Volk und seiner Partei brüderliche Hilfe und Solidarität gegen seine Feinde, die Sowjetrevisionisten und den US-Imperialismus. An dem albanischen Volk, das wie ein Mann hinter seiner revolutionären Führung steht und dem 700-Millionen-Volk der Volksrepublik China werden sich alle Imperialisten und Reaktionäre dieser Welt, sollten sie eine Aggression wagen, blutige Köpfe holen und ihren eigenen Untergang nur noch beschleunigen. Die revolutionäre Führung Albaniens wird niemals ihr Volk verraten und vor den Revisionisten im Kreml zu Kreuze kriechen.

Fortsetzung von Seite 1

gezeigt. Wir distanzieren uns von solchen Verrätern am wahren Marxismus-Leninismus. Ebenfalls von den Reimann-Kommunisten, die diesen Überfall für richtig befunden haben".

Doch nicht nur anläßlich des Überfalls auf die CSSR, auch zu anderen Anlässen verstärkten die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland ihre politische Aktivität. In Köln erschien die erste Ausgabe einer neuen marxistisch-leninistischen Betriebszeitung, der "Rote Fordarbeiter". In Hamburg legten Genossen anläßlich des Todestages des deutschen Arbeiterführers Ernst Thälmann einen Kranz vor der Gedenktafel an seinem ehemaligen Wohnhaus nieder, auf dessen roter Schleife es hieß: "Dem revolutionären Sohn unserer Stadt Ernst Thälmann - Marxisten-Leninisten Hamburgs". In Mannheim spaltete sich die von den Revisionisten gegründete "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend". Die revolutionären Mitglieder dieser Organisation setzten den revisionistischen Vorstand ab, demonstrierten zusammen mit dem SDS und AUSS unter roten Fahnen für den Sozialismus und gegen die Intervention der Sowjetrevisionisten in der CSSR und gaben die erste Ausgabe einer "leninistisch-antirevisionistischen" Zeitschrift heraus.

Überall in Westdeutschland, zur Zeit in 21 Städten und Orten, arbeiten marxistisch-leninistische Gruppen oder befinden sich solche im Aufbau, vereinigen sich mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei.

Nieder mit dem US-Imperialismus! Nieder mit dem sowjetischen Revisionismus! Es lebe der Marxismus-Leninismus, es lebe die siegreiche Lehre Mao Tse-tungs!

Natürlich befand sich die CSSR unter der Führung der Dubček-Clique auf dem Weg des Revisionismus! Natürlich eilte sie ihrem sowjetischen Vorbild mit Riesenschritten voran. Natürlich mischten die westlichen Imperialisten kräftig mit. Wer aber gab den sowjetischen Revisionisten das Recht, die tschechischen Revisionisten Revisionisten zu schimpfen? Wer gab den Konterrevolutionären, den schamlosen Verrätern am Sozialismus im Kreml, das Recht, die Konterrevolutionäre, die Verräter im Hradschin, Verräter und Konterrevolutionäre zu nennen? Wer gab den Herren in Moskau das Recht, mit Waffengewalt über das tschechische Volk herzufallen, um es auf den "allein selig machenden Weg des sowjetischen Revisionismus" zu zwingen.

Was hier anläßlich des Überfalls auf die CSSR, geschah, zeigt den völligen Niedergang, die völlige Entartung der führenden sowjetischen revisionistischen Renegaten-Clique. Brutalität bis auf's Messer gegenüber den "sozialistischen Freunden" einerseits, Speichelleckerei und plumpe Anbiederung gegenüber dem US-Imperialismus andererseits. Eilfertig ließ man per "heißen Draht" die Herren im Weißen Haus wissen: Keine Gefahr, es handelt sich nur um eine interne Angelegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten. Aus gleichem Grunde suchte Botschafter Zarapkin Altnazi Kiesinger auf. Als in Prag einige sowjetische Soldaten in Verkennung des Feindes Angehörige der Amerikanischen Botschaft belästigten, entschuldigte man sich umgehend bei den Vereinigten Staaten für diesen Fauxpas. Die Amis revanchierten sich prompt, indem sie ihren sowjetischen Freunden in der von jugendlichen Demonstranten belagerten sowjetischen Militärmission in Frankfurt-Niederrad mit Militärpolizei zu Hilfe eilten. Wie überhaupt man in den westlichen Metropolen - trotz regierungsamtlicherseits geheuchelter Entrüstung über das sowjetische Vorgehen - alles tat, um die Botschaftsgebäude der Sowjetunion nicht zu Schaden kommen zu lassen.

Die Aggression der sowjetischen Revisionisten gegen die CSSR wurde ausgeführt im stillschweigenden Einverständnis mit dem US-Imperialismus. Seit Jahren schon treiben die UdSSR und die USA ihr schmutziges Spiel um die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Allein seit den gemeinsamen Gesprächen in Glassboro haben sie eine Reihe hinterhältiger Abmachungen über so entscheidende Fragen wie Vietnam, den Nahen Osten, den Atomsperrvertrag und anderes ausgehandelt. Ihr Ziel ist die gemeinsame Beherrschung der Welt. Doch während sich die Sowjetrevisionisten eifrig an die getroffenen Abmachungen halten und mit Kräften bemüht sind, den revolutionären Befreiungskampf der Völker über ihre revisionistischen KP-Zentralen im Westen zu unterdrücken (letztes Beispiel: Frankreich), nehmen die US-Imperialisten das Abkommen nicht gar so genau. Besonders die westdeutschen Imperialisten - als treueste Verbündete der USA - versuchten und versuchen gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts eine Aufweichungspolitik zu treiben, indem sie die Widersprüche zwischen den revisionistischen Cliquen der einzelnen Länder auszunutzen versuchen, um so ihre revanchistischen Ziele zu erreichen.

Für den US-Imperialismus war der Überfall der sowjetischen Revisionisten auf die CSSR ein Bombenerfolg. Gibt er ihm doch weitere Handlungsfreiheit für Unterdrükkungsmassnahmen gegenüber den Völkern in dem von ihm beanspruchten Einflußgebiet. Wie wollen die Sowjetrevisionisten angesichts ihrer eigenen aggressiven Handlungsweise noch der gewaltsamen Besetzung Südvietnams durch die US-Imperialisten widersprechen?

Natürlich gibt es für die militärische Besetzung und Versklavung der CSSR durch sowjetische Truppen und die Truppen der anderen Warschauer-Pakt-Staaten Gründe, sehr handfeste sogar. Es war die Jagd nach dem Profit, das Streben nach absoluter Befehlsgewalt, das die Sowjetrevisionisten zum Handeln veranlaßte. Jahrelang hatten sie die sozialistischen Bruderstaaten schamlos ausgeplündert. Hatten Rohstoffe zu überhöhten Preisen an sie verkauft, um hochwertige Industriegüter zu niedrigen Preisen einzuheimsen, hatten sie gezwungen, ihre wirtschaftlichen Belange denen der Sowjetunion unterzuordnen. Als dann die revisionistische Dubček-Clique in Prag, die den Sowjetrevisionisten hörige Novotny-Clique ablöste, Maßnahmen ergriff, um - dem Beispiel der Renegaten in Moskau folgend - sich in den Schoß der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten zu

begeben, war man im Kreml gewarnt. Dieses Recht der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus beanspruchen die Sowjetrevisionisten ausschließlich für sich. "Quod licet Jovi, non licet bovi" sagten die alten Römer - "was sich für einen Jupiter schickt, schickt sich nicht für einen Ochsen" und kennzeichneten so die Sklavenhaltermoral. Gleichzeitig erhöhte der Alleingang der Dubček-Revisionisten die Gefahr, daß die schon seit längerem bestehenden Widersprüche im revisionistischen Lager sich weiter verschärfen würden und die Sowjetrevisionisten ihre Vormachtstellung einbüßten.

Um nun die Dubček-Clique zur Unterwerfung zu zwingen und die Tschechoslowakei unter ihre Kontrolle zurückzubringen, griff die herrschende sowjetrevisionistische Clique zur Taktik von Zuckerbrot und Peitsche. Gelegentlich drohte sie durch die Abhaltung militärischer Manöver mit Gewaltanwendung. Dann wieder organisierte sie Konferenzen, auf denen sie sich - bereits den Dolch im Gewande verständigungsbereit gab, um so die tschechischen Revisionisten in die Falle zu locken. Ein wahres Meisterstück der Intrige leistete sich jedoch der den Sowjetrevisionisten getreueste Satrap Ulbricht, der wenige Tage vor dem Überfall anläßlich seines Treffens mit Dubček Frieden und Freundschaft heuchelte, obwohl er wußte, daß die "deutschen" Okkupationstruppen wie 1939, zum Überfall, zur Besetzung der Tschechoslowakei bereitstanden.

Doch weder süsse Worte noch Drohungen vermochten den Sinn der Dubček-Clique zu ändern. Beharrlich bestand sie darauf, die CSSR aus dem Machtbereich der Sowjetrevisionisten zu lösen und sie in die Arme des Westens zu führen. Da ließen die Sowjetrevisionisten die Maske fallen. Entgegen der von ihnen geheuchelten Befolgung der Prinzipien des "Marxismus-Leninismus" und des "Proletarischen Internationalismus" überfielen sie das tschechische Volk. Sie handelten wie seinerzeit Hitler gegenüber der Tschechoslowakei, wie heute der US-Imperialismus gegenüber Vietnam, sie verübten eine direkte bewaffnete Aggression, um sich mit Hilfe ihrer Militärmacht Marionetten zu schaffen. Sie entlarvten sich dadurch als reine imperialistische Macht, die, um ihre Profite zu sichern, andere Völker überfällt.

Wie aber reagierte die revisionistische Dubček-Clique auf diesen frechen Überfall? Sie selbst hatte durch ihre Politik der Entideologisierung des Volkes, des Strebens nach Profit und subjektiven Vorteilen für den einzelnen diese Aggression erst ermöglicht. Als es soweit war, als der Überfall erfolgte, war sie die erste, die das Volk dazu aufforderte "Ruhe zu bewahren", anstatt es zum Widerstand gegen die Aggressoren aufzufordern. In Moskau schlossen die Dubček, Swoboda und Konsorten einen schmutzigen Kompromiß und förderten zurückgekehrt, das Volk auf, sich dem sowjetischen Diktat zu beugen und keine Provokationen zu verüben. Als wenn nicht die Anwesenheit von Besatzungstruppen gegenüber dem tschechoslowakischen Volk eine Provokation bedeutete, sondern dessen berechtigter Widerstand. Die Dubček-Clique hat sich genau als das erwiesen, als was wir Marxisten-Leninisten sie von Anfang an eingeschätzt haben, als Holz vom Stamme des modernen Revisionismus.

Was aber hätte die KPC tun müssen, um das Land aus der wirtschaftlichen Unterjochung durch die Sowjetrevisionisten zu lösen und zu den marxistisch-leninistischen Normen im Parteileben zurückzukehren? Den Weg nach noch weiter rechts, noch revisionistischer als die sowjetischen Revisionisten, noch schneller als diese den Weg in den Kapitalismus gehen? Die westlichen Imperialisten hätten sich zweifelsohne gefreut. Für das tschechoslowakische Volk hätte dieser "jugoslawische Weg" nur neue Not und Ausbeutung gebracht. Statt der Clique der modernen revisionistischen Bourgeoisie hätte ihm bald die Clique der alten Kapitalisten im Nacken gesessen. Und wie heute schon zigtausende jugoslawischer "Gastarbeiter" hätten wir bald zigtausende tschechoslowakischer "Gastarbeiter" bei uns begrüssen können.

Nein, der einzig richtige Weg wäre der nach links gewesen. Das heißt, mit den unter Novotny eingeführten kapitalistischen Verhältnissen aufzuräumen, das Volk der CSSR verstärkt mit der marxistisch-leninistischen Lehre vertraut zu machen und die Diktatur des Proletariats neu zu errichten. Wir sehen am Beispiel Chinas und Albaniens, daß dieser Weg nicht nur möglich, sondern der einzig richtige ist. Besonders das mutige kleine albanische Volk hat hier ein hervorragendes Beispiel gegeben. Als die Partei der Arbeit Albaniens im Gegenteil zu den Chruschtschow-Revisionisten den eingeschlagenen Weg des Marxismus-Leninismus weiter beschritt, versuchten diese sie zu erpressen. Aber das albanische Volk stand wie ein Mann hinter der Partei und jeder Aggressor

hätte sich dort blutige Köpfe geholt, wenn er militärisch interveniert hätte So war es möglich, daß Albanien frei blieb und die Truppen der Sowjetunion nicht eingriffen, um die marxistisch-leninistische Partei unter der Führung des Genossen Enver Hoxha zu stürzen. Zwar versuchten es die Chruschtschow-Revisionisten mit wirtschaftlicher Erpessung; aber das spornte das albanische Volk nur zu neuen Heldentaten an. Wäre die KPC den revolutionären Weg gegangen, hätte sie sich eng mit den Massen verbunden und das Volk mit der Lehre des Marxismus-Leninismus gerüstet, die Aggressionstruppen wären mit einem Feuerhagel empfangen worden, der ihnen die Lust zu weiteren Verbrechen genommen hätte. Doch so blieb das Volk führerlos. Es wurde von den Ereignissen völlig überrascht. Dennoch entwickelte es mutig den Widerstand. Eisige Kälte empfing die Aggressoren und ließ sie erkennen, daß sie in der CSSR keine Freunde haben. Wir deutschen Marxisten-Leninisten haben uns von Anfang an in Flugblättern und Resolutionen voller Empörung gegen die schändliche imperialistische Aggression der sowjetischen Renegaten-Clique und ihrer revisionistischen Befehlsempfänger gegen die CSSR gewandt. Genauso wandten wir uns aber auch gegen all jene "Freunde" der CSSR, die heute lauthals von "Verbrechen", von "Bruch des Völkerrechts" reden, selbst aber an Verbrechen in aller Welt beteiligt sind. Weder Johnson, Kiesinger, de Gaulle, Wilson und andere haben das Recht, sich aufzuregen. Wer wie der US-Imperialismus Völkermord in Vietnam begeht, sich stillschweigend daran beteiligt oder ihn duldet, wer das eigene Volk unterdrückt oder neokolonialistisch andere Völker versklavt, ist keinen Deut besser als die sowjetischen Revisionisten.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten stellen uns voll und ganz hinter die Erklärungen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, die diese Aggressions aufs schärfste verurteilen und zum Widerstand aufrufen. Tschechoslowakische Klassenbrüder, Genossen der KPC, besinnt euch der revolutionären Tradition eures Landes und eurer ruhmreichen Kommunistischen Partei, deren Vorsitzender einst der geliebte Führer des Volkes der CSR, Clement Gottwald war. Wir versichern euch unserer unverbrüchlichen Solidarität in eurem Kampf gegen die Okkupanten. Uns trennen Welten von jenen, die dieses Verbrechen begannen und es heute gutheißen. Die Aggression gegen euer Land ist die Tat von Verbrechern und Verrätern am Marxismus-Leninismus, die Stunde des Einmarsches in euer Land ist die Stunde der Schande der Sowjetrevisionisten.

Die Aggression gegen die CSSR hat aber auch den aggressiven imperialistischen Charakter des Warschauer Paktes offenbart. Dieser Pakt, der einst antiimperialistisch war und zum Schutze der Freiheit der Sozialistischen Länder geschaffen wurde, ist heute ein Instrument für die Verwirklichung der imperialistischen Ziele der Sowjetrevisionisten.

Wir deutschen Marxisten-Leninisten unterstützen entschlossen den Kampf der Völker der ganzen Welt gegen den US-Imperialismus und den sowjetischen modernen Revisionismus. Unsere Solidarität gilt dem Proletariat und allen revolutionären Menschen in der Sowjetunion, der CSSR, der DDR und in den anderen Ländern unter der Herrschaft der modernen Revisionisten-Cliquen.

Wir wissen, sie werden aufstehen, um die Herrschaft der modernen Revisionisten und Reaktionäre zu stürzen und die Staatsmacht wieder in die eigenen Hände nehmen, damit ihre Heimatländer auf dem Weg der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus zurückkehren können.

Es lebe die CSSR! Es lebe der revolutionäre Kampf zur allseitigen Vernichtung des Imperialismus und modernen Revisionismus!

Marxisten-Leninisten
Westdeutschlands

R O T E R M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.

Erscheinungsweise: vorläufig monatlich.

Einzelpreis: 20 Pfennig

Jahresbezugspreis: 5,-- DM (einschließlich Porto).

Postscheckkonto: Hamburg, Nr. 2627 67.

Zuschriften ohne Rückporto können nicht beantwortet werden.

Unter revisionistischer Regie fanden Anfang August in Sofia die 9. "Weltjugendfestspiele" statt.

Aus Protest gegen den offen antisozialistischen Charakter dieser Veranstaltung waren die Jugendlichen aus Kuba und China von vornherein zu Hause geblieben. Reichlich erschienen waren stattdessen Delegierte sozialdemokratischer, pazifistischer, christlicher und nationalistischer Organisationen aus aller Herren Länder, um bürgerliche Ideologie und Aberglauben unter den Delegierten aus der "Dritten Welt" und den revisionistischen Ländern zu verhökern. Anscheinend haben sie für ihren verschimmelten Kram sogar Abnehmer gefunden. Denn wie anders soll man es auslegen, wenn der selbst in seiner eigenen Organisation sehr umstrittene Jung"sozialisten"chef Peter Corterier (SPD) ausgerechnet in einem Interview mit Springers WELT prahlte, er habe "vielfältige Kontakte" und "offene Gespräche" mit den osteuropäischen Delegierten gehabt? Den Revisionisten blieb es vorbehalten, die Lobsprüche derartiger Renegaten, Reformisten, "fortschrittlicher" Katholiken usw. als Beweis anzuführen, daß es doch eigentlich ein sehr schönes Festival gewesen sei.

Demgegenüber wurde der SDS in der revisionistischen Presse als "Stoßtrupp der Reaktion" beschimpft. Hierin wird die ganze Widerwärtigkeit der revisionistischen Position deutlich: während sie dem ganzen kleinbürgerlich-reformistischen Gesindel gar nicht tief genug in den Arsch kriechen können, beschimpfen sie jene, die sich um eine sozialistische Haltung zumindest aufrichtig bemühen. Und wenn es wenigstens noch beim Schimpfen geblieben wäre. Tatsächlich kann man sagen, daß der politische Teil des Festivals unter geradezu faschistischem Terror ablief. So brachte es z.B. ein bulgarischer Delegierter fertig, den SDS-Vorsitzenden Wolff mit dem NS-Propagandaminister Goebbels gleichzusetzen. Als Wolff auf diese Infamie antworten wollte, wurde er von "Ordnern" geschlagen, getreten und schließlich aus dem Saal gezerrt. In anderen Fällen wurde unbequemen Rednern der Strom zum Mikrophon abgedreht. Diese Ereignisse bestätigen erneut, daß die Revisionisten nicht mehr imstande sind, ihr Gehirn in Bewegung zu setzen, sondern ideologische Streitigkeiten nur noch in Wild-Westmanier lösen können.

Ebenfalls von Geheimdienstleuten zusammengeschlagen und festgenommen wurde ein westdeutscher Student beim Verlassen der chinesischen Botschaft in Sofia. Einige chinesische Broschüren, vor denen die Revisionisten anscheinend große Angst hatten, wurden dem Studenten gestohlen.

Schon beim Einmarsch der Delegation am Eröffnungstag hatte es Übergriffe seitens der revisionistischen Schlägertrupps gegeben. Die zahlreich angereisten "Delegierten" der sogenannten "Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" SDAJ hatten den westdeutschen Marschblock auf "unerlaubte" Plakate durchfleddert und mehrere Bilder Ho Tschi-minhs, Mao Tse-tungs und Che Guevaras zerrissen. Einige Tage später war es wiederum die SDAJ, die Arm in Arm mit bulgarischen Polizisten die US-Botschaft in Sofia gegen empörte Demonstranten abschirmte.

Es ist nur natürlich, daß der Verlauf dieser abstossenden Schmierenkomödie von der bürgerlichen Presse zu einer wilden antikommunistischen Hetzkampagne ausgenutzt wurde. Das ist ein demagogisches Manöver. Das rüpelhafte Verhalten der Revisionisten hatte rein gar nichts zu tun mit Kommunismus, mit der Lehre von Marx und Lenin; vielmehr war es Ausdruck ihrer a n t i-kommunistischen, bürgerlichen Gesinnung. Es ist ganz klar, daß die bürgerliche Presse mit ihrem verlogenen Gejammer über den "orthodoxen", "konservativen", "stalinistischen", "dogmatischen" Kommunismus den Revisionismus nicht etwa bekämpfen, sondern im Gegenteil noch vorantreiben will: Nicht jeder, der das Verhalten der Revisionisten kritisiert, ist deshalb auch schon Sozialist.

Die weitere Entwicklung der "Weltjugendfestspiele" ist absehbar: sie werden immer mehr zu einem Treffpunkt Trojanischer Pferde aus Westeuropa und Nordamerika werden, die bei den Delegierten aus den revisionistischen Ländern und aus der "Dritten Welt" mit bürgerlichem Schund hausieren gehen. Revolutionäre Jugendliche würden das traute Beisammensein nur stören, man wird sie in Zukunft sicher gar nicht erst einladen.

Es wird allmählich Zeit, an eine sozialistische Gegenveranstaltung zu denken, die nach Lage der Dinge nur in Peking oder Havanna stattfinden könnte.

-me

Jetzt auch von unseren Steuergeldern:

Reklame für die griechischen Faschisten

Sechs Bundestagsabgeordnete von der CDU/CSU und der FDP besuchten auf Einladung der Patakos-Clique das unterdrückte Griechenland. Wie es sich unter feinen Leuten gehört, waren die sechs ausgesucht höflich zu ihren Gastgebern (Patakos bezeichnete die Abgeordneten als "gentlemen"!), besprachen "mit tiefem Ernst und spürbarem Verantwortungsbewußtsein" die Gemeinsamkeiten zwischen Griechenland und Westdeutschland und fanden überhaupt alles famos. Eine Besichtigung der griechischen KZ's lehnten die Abgeordneten ab, mit der Begründung, es lägen "genügend Berichte des Roten Kreuzes vor, die von zufriedenstellenden Verhältnissen der Häftlinge sprechen". Wer hätte auch eine so wundervolle Reise ausgerechnet mit dem ja doch irgendwie deprimierenden Besuch eines KZ abschliessen wollen?!

Immerhin wurde diese Werbereise der westdeutschen Politiker von den griechischen Faschisten selbst finanziert. Neuerdings verwendet die Bundesregierung aber ganz ungeniert auch unsere Steuergelder, um für die Militärregierung zu werben.

Die "Christl" ist eine Monatszeitschrift, die aus öffentlichen Geldern im Auftrag der westdeutschen Bundespost gedruckt und kostenlos an alle ihre Beschäftigten verteilt wird. In der Julinummer der "Christl" nun ist ein Artikel abgedruckt, der die Überschrift "In und um Olympia" trägt. Der Artikel beginnt raffiniert mit unpolitischem Geplauder über die Reize Griechenlands wie etwa "Griechenland, das ist Meer, Sonne, seltsam klares Licht und eine Ausstrahlung abgemessener, klassischer Schönheit", "hier mildert ein erfrischender Wind die Wirkung der Sonnenglut", "weißschimmernder Marmor", "Heimat abendländischer Kultur" usw. usf. Dezent wird auf den Mann hingewiesen, der dieses wundervolle Land auch dem etwas schmaleren Geldbeutel zugänglich macht: "Neckermann, der im Kap Sunion mit vier Vertragshotels verschiedener Preisklassen seinen Griechenlandschwerpunkt hat, veranstaltet Fahrten nach Athen, Delphi, Korinth, Mykene ... "

Politische Bedenken gegen eine Reise nach Griechenland räumt der Verfasser sogleich aus: "Die Menschen in Griechenland sind gast- und deutschfreundlich. Von politischer Unruhe ist nichts zu spüren. Der Wechsel des Regimes berührt die breiten Massen nicht. Und wenn man mit politisch versierten Griechen oder landeskundigen Ausländern spricht, kann man hören, daß die jetzt entmachteten politischen Parteien in den letzten Jahren den Begriff der parlamentarischen Demokratie so sehr in Mißkredit gebracht haben, daß die Mehrheit der Griechen ihnen keine Träne nachweint."

Der Verfasser zitiert dann einen "gebildeten Griechen", der ihm sagte: "... Was Griechenland braucht, ist tatkräftiger Aufbau .. Wer jetzt nach Griechenland reist, findet Ordnung und Stabilität. Kein Reisender muß mehr im Zug übernachten, weil etwa die Eisenbahner streiken, oder auf Strom und Wasser verzichten, weil Energiewerke die Arbeit niederlegen ..." Soweit der Verfasser, der auch als Rundfunk-Sportreporter bekannte Gerd Krämer.

Den Hinweis auf Neckermann hätte es sicher nicht gebraucht, um den Zweck dieses Artikels zu durchschauen: Griechenland soll als Reiseland (und nebenbei auch politisch!) wieder aufgewertet werden. Es wäre interessant zu wissen, ob bzw. wieviel Neckermann der "Christl" für diesen Artikel zugeschossen hat. In jedem Fall: wieder ein Skandal, der zum Himmel stinkt - aber typisch ist für das korrupte bürgerliche Regime.

A C H T U N G !

Radio TIRANA
in deutscher Sprache

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00-6.30	215 m	32 m, 41 m
13.00-13.30	-	32 m, 41 m
14.30-15.00	-	32 m, 41 m
16.00-16.30	-	32 m, 41 m
18.00-18.30	-	32 m, 41 m
19.00-19.30	-	32 m, 41 m
21.30-22.00	-	32 m, 41 m
23.00-23.30	215 m	32 m, 41 m

Radio PEKING
in deutscher Sprache

MEZ	Meterband
19.00 - 20.00	43,7 42,8 19,9 25,6
21.00 - 22.00	43,7 42,8 19,9

LEST PEKING-RUNDSCHAU

"Neue Erkenntnisse in Kreisen der evangelischen und katholischen Kirche sind Ausdruck der großen gesellschaftlichen Wandlungen unserer Zeit. In den päpstlichen Enzykliken über den Frieden auf Erden und den Fortschritt der Völker, in Verlautbarungen evangelischer Kreise sind neue Tendenzen sichtbar, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sind und in denen eine kritische Haltung zu den Mißständen der kapitalistischen Welt zum Ausdruck kommt."
(zitiert aus dem Programmentwurf der KPD/Revisionisten)

Vier große Auslandstourneen hatte Papst Paul VI. bisher veranstaltet: nach Palästina, Indien, Portugal und nach New York an den Sitz der UN. Darin kommt die "Tendenz" dieses Papstes zum Ausdruck, reaktionäre Systeme und Institutionen mit Weihrauch einzunebeln, ihren wahren Charakter zu verschleiern. Zwar fanden sich für die Reisen nach Portugal und Palästina fadenscheinige Vorwände religiöser Art; nicht so für Indien. Hier lag die politische Motivierung klar zu Tage: Indien, ein vom alten und neuen Kolonialismus, vom Feudalismus und Kapitalismus ausgesaugtes und in Rückständigkeit gehaltenes Land, direkt dem sozialistischen China benachbart, wird von den Imperialisten zielstrebig als "demokratisches" Gegenmodell aufgebaut. In diesem Rahmen durfte auch Paul VI. nicht fehlen, um das schreiende Elend des indischen Volkes mit "Nächstenliebe" und "Brot für die WELT"-Salbadern zu übertönen.

Anläßlich des 39. Eucharistischen Weltkongresses in kolumbianischen Bogotá unternahm Paul VI. im August eine fünfte Reise, diesmal auf den Lateinamerikanischen Kontinent. Damit ist erneut ein ausgesprochenes Hunger- und Elendsgebiet Ziel des Papstes. Kommen darin "neue Tendenzen", "Fürsorge für die Armen", zum Ausdruck?

Offenbar war Paul VI. tatsächlich eifrig bemüht, "Solidarität mit den Ärmsten der Armen" zu heucheln. Er schämte sich nicht einmal, der Bevölkerung eines Elendsviertels von Bogotá zu erklären: "Ich bin ein Mensch, so wie ihr, arm und bedürftig". Mit diesem zynischen Blödsinn haut Paul VI. genau in die Kerbe des bürgerlichen Liberalismus und "Humanismus", der von "Niederreissung der Rassenschranken", "alle Menschen sind Brüder" usw. schwätzt.

Um sich bei den Völkern Lateinamerikas anzubiedern, zeigte Paul VI. in Bogotá auch "eine kritische Haltung zu den Mißständen der kapitalistischen Welt"; augenzwinkernd drohte er den Ausbeutern mit dem Finger: "aber, aber, wollt Ihr wohl nicht ...?" Darin kommt auch die Angst der Reaktionäre zum Ausdruck, daß man "etwas fürs Volk tun" muß, falls man eine Revolution vermeiden will.

Normalerweise sind die Reaktionäre schlau genug, zwischen ihrem Profit und ihrem Bekenntnis zum "Christentum" einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen. So waren die pfäffischen Reden Pauls VI. vor allem auf die Millionen Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt berechnet, die heute noch ernsthaft dem christlichen Aberglauben anhängen. So verfehlte Paul VI. nicht, die Völker Lateinamerikas vor der Anwendung revolutionärer Gewalt zu "warnen", und "ermahnte" sie gleichzeitig, die konterrevolutionäre Gewalt geduldig hinzunehmen. So forderte er in einer Rede kolumbianische Landarbeiter auf, ihr Leben "in Geduld und in der Hoffnung auf Christus" zu ertragen, da sie als "niederes Volk viel mehr Aussicht auf das Himmelreich" hätten.

Kurz: von "neuen Tendenzen" zu sprechen, ist naiv oder niederträchtig. Die Armen. zu "trösten" und für weitere Ausbeutung zu präparieren ist seit Jahrhunderten Funktion der Kirche. In einer Epoche revolutionärer Kämpfe auf allen Kontinenten, kann es vorkommen, daß die Kirche, um diese Aufgabe zu erfüllen, scheinbar "radikaler" auftritt und sogar gelinde Kritik am Kapitalismus übt. Das sind keine "neuen Tendenzen", sondern neue Formen der Lüge in einer sich für die Reaktionäre täglich verschlimmernden Lage. Ein wahrhaft kommunistisches Programm müßte dies klar aufzeigen, statt es zu verschleiern und sogar willkommen zu heißen.

Die Heuchelei des reaktionären Klerus ist jedoch klar zu trennen vom ehrlichen revolutionären Engagement vieler Christen, auch Priester, für die Sache des Volkes. Stellvertretend für sie alle steht Camillo Torres, ein kolumbianischer Priester. Er nahm 1965 mit seinen Getreuen den bewaffneten Kampf gegen die Ausbeuterklasse und den US-Imperialismus auf. Torres fiel wenig später im Kampf. Viele Priester sind seinem Beispiel gefolgt und wurden in Lateinamerika zu einer revolutionären Kraft.

KM

Vor einigen Tagen traf ich eine alte"Genossin". Sie, politisch aktiv, ständig bemüht, um des lieben Friedens willen dem anderen zu Munde zu reden, mit einer Ehrenurkunde der revisionistischen KPD in der Tasche - ich, politisch aktiv, wegen "Mao-Tse-tungs-Hörigkeit", "chinesenfreundlicher kulturrevolutionärer Ansichten" und "parteizersetzender maoistischer Reden" von den Revisionisten der KPD von der Gruppenarbeit ausgeschlossen.

Nachdem sie sich erst einmal vorsichtig nach allen Seiten orientiert hatte, ob auch ja keiner ihrer revisionistischen Freunde sie mit mir sah, zog sie mich in eine Ecke der Bahnhofshalle, um, wie sie sagte, mit mir einige wichtige Fragen zu besprechen. Was dann kam: In einem Wortschwall von fast 45 Minuten erzählte sie mir ihre 'Sorgen' und 'Nöte' und Mißstände, die sie in der DDR und in der CSSR erlebt und gesehen habe. Ich riet ihr, sie möge doch ihre Probleme auf dem Gruppenabend ansprechen. "Ja, weißt du", sagte sie, "das haben mein Mann und ich schon vor einigen Jahren versucht. Aber wenn man das macht, ziehen die Funktionäre lange Gesichter und man ist nicht mehr angesehen. Wenn man still ist und nichts sagt, kann man doch wenigstens mal in die DDR in Urlaub fahren ..." "... als Rentner haben wir doch wenig und man freut sich ja doch, wenn man mal kostenlos verreisen kann ... obwohl einige Genossen uns ja auch wie den letzten Dreck behandeln und versuchen, bei uns abzustauben ...".

Auf meine Fragen 'warum denn letzten Dreck und Abstauben': "Naja, das letztemal habe ich der Frau des Heimleiters zwei Strumpfhosen, einen Perlonkittel und Kaffee mitgenommen und dann frug sie mich später, ob ich ihr nicht noch Wolle schicken könne". Und warum 'Dreck'? "Na, wenn du nichts mitbringst, gucken die doch schief. Und politisch kann man doch auch nichts fragen. Kritisierst du dieses oder jenes, fragst du, wo dieser oder jener Genosse geblieben ist, bekommt man keine Antwort. Die Genossen meiden dich und sprechen nicht mehr mit dir".

Ich versuchte sie zu überzeugen, daß ihr Verhalten doch nicht richtig sei, daß sie diese Probleme doch ansprechen müsse. "Nee", meinte sie, "das macht man ihr, ihr seid jung. Wir Alten können da nichts mehr machen. Ich setz' mir keine Läuse mehr in den Pelz, ich pass' jetzt auf, daß ich keine Schwierigkeiten mehr bekomme".

Dieses Verhalten ist nicht selten. Es ist typisch für eine ganze Reihe von Mitgliedern in der KPD. Obwohl sie sehen, daß in der Partei und in einigen sozialistischen Ländern viele Dihge nicht in Ordnung sind, gehen sie diesen Fehlern aus dem Weg. Spricht man sie darauf an, verkriechen sie sich hinter 'wir Alten können da nichts mehr machen',oder sie schieben die Illegalität der KPD vor und meinen "ja, wenn die KPD wieder legal ist, kann man diese Sachen schnell klären". - Diese Argumente sind natürlich völliger Quatsch, denn ihre hündische Unterwürfigkeit wäre in einer legalen KPD die gleiche, und das Alter hat mit Buckeln und Kriechen ebenfalls nichts zu tun. Nichts anderes aber ist es in Wirklichkeit. Es ist nämlich dieses "man kann aber doch mal in Urlaub fahren ..." - es ist ihr eigenes schlechtes Gewissen, das solche 'Entschuldigungen' hervorbringt, das eigene egoistische Denken, Vorteile zu erheischen - und sei es auch nur eine Wochenendreise nach Rostock, Wismar oder Leipzig. Diese 'Genossen' sind nicht besser als jene die um Strumpfhosen, Perlonkittel und Wolle betteln.

Mao Tse-tung charakterisiert dieses Verhalten richtig, wenn er schreibt: "Alles beiseite zu schieben, was einen nicht selbst betrifft und die eigene Meinung auch dann so wenig wie möglich vorzubringen, wenn man genau weiß, daß etwas nicht in Ordnung ist, schlau nur um die eigene Haut besorgt zu sein und nur darauf zu achten, selbst keinen Fehler zu machen", das ist eine Erscheinungsform des Liberalismus. Und gerade diese Erscheinungsform des Liberalismus ist in Deutschland besonders verbreitet. Sie gilt es zu bekämpfen, denn sie ist etwas Negatives "und hilft in Wirklichkeit dem Feind; deshalb würde der Feind es begrüssen, wenn wir den Liberalismus in unserer Mitte duldeten ... In den Reihen der Revolution darf es keinen Raum für ihn geben."

-tha

Alle treuen, aufrichtigen, aktiven und ehrlichen Kommunisten müssen vereint gegen die liberalen Tendenzen gewisser Menschen auftreten, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Das ist eine der Aufgaben an der ideologischen Front.

Mao Tse-tung

Brasilien

Eine Welle heftiger Protestdemonstrationen begann Anfang April. Von Rio de Janeiro aus erfaßte sie die größten Städte des Landes. Marine- und Luftwaffeneinheiten wurden zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt. Bei schweren Straßenkämpfen gab es mehrere Tote und eine große Zahl Verletzte, darunter viele Polizisten und Soldaten. Am 7. August rückten erneut Panzereinheiten in Rio ein.

Chile

Chilenische Tagelöhner besetzten im Juli des Jahres "ihre" Farm, um so ihren sozialen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Erst brutaler Einsatz der reaktionären Ordnungstruppen vertrieb sie von dort. Aus Protest gegen das Vorgehen der Polizeitruppen führten die Studenten der chilenischen Hauptstadt Santiago de Chile eine Demonstration durch. Als die Studenten von Polizeitruppen attackiert wurden, errichteten sie Barrikaden und setzten sich zur Wehr.

Guatemala

Der amerikanische Botschafter im mittelamerikanischen Staat Guatemala wurde Ende August in seinem Auto von Freiheitskämpfern erschossen. Dasselbe Geschick hatte am 17. Januar dieses Jahres bereits den CIA-Beauftragten Oberst Webers und einen seiner Mitarbeiter ereilt.

Uruguay

Nach Streiks der Eisenbahner am 1. und der Bankangestellten am 2. August kam es am 12. und 13. August zu gewaltigen Demonstrationen von Arbeitern und Studenten Montevideos. Die Polizei ging mit blanken Säbeln und Tränengas gegen die Demonstranten vor, die sich hinter Barrikaden verteidigten. 23 Polizisten wurden verletzt. Die Demonstranten hatten einen Toten zu beklagen, den Studenten Liber Arce, der Mitglied der KP Uruguays war. 100 000 Einwohner Montevideos folgten später dem Sarg des Studenten.

Bolivien

Über Bolivien wurde am 23. Juli nach schweren Straßenkämpfen der Ausnahmezustand verhängt. Dennoch kam es am 2. August in Cochabamba (Mittelbolivien) zu neuen Demonstrationen von Arbeitern und Studenten. Diese Demonstrationen richteten sich gegen ein Abkommen mit der US-amerikanischen "Gulf"-Öl-Gesellschaft. Die Polizei ging mit Tränengas, Schußwaffen und Hunden gegen die Demonstranten vor, verletzte 10 und ermordete zwei. Unter der Parole "Nieder mit der Militärherrschaft" hatten am 31. Juli etwa 1000 Studenten der bolivianischen Hauptstadt La Paz demonstriert.

Kolumbien

Die aus armen Bauern, Tagelöhnern, Arbeitern und einigen Studenten bestehenden kolumbianischen Guerilla-Streitkräfte im Gebiet Alto Sinu/San Jorge verzeichneten neue Erfolge. Nachdem sie am 6. Januar eine Polizeistation in Ure (Provinz Cordova) angegriffen hatten, zerstörten sie im Februar ein Büro der lokalen Behörde in El Cerro (San Jorge). Vier Polizisten wurden getötet und eine Anzahl Waffen erbeutet. Am 28. Mai wurde eine Patrouille der Regierungstruppen in der Nähe der Stadt Monte Libano (Provinz Cordova) überfallen. Die Guerillastreitkräfte in diesem Gebiet werden von der Kommunistischen Partei Boliviens (m.l.) unterstützt.

Mexico

Eine Welle von Demonstrationen begann Ende Juli in Mexico-Stadt, nachdem eine Demonstration anläßlich des Jahrestages der kubanischen Revolution von der Polizei angegriffen worden war. Die mexikanische Reaktion, die Friedhofsruhe für die in wenigen Wochen stattfindenden "Olympischen Spiele" braucht, brachte Panzer und Fallschirmjäger zum Einsatz. Im Verlauf heftiger Kämpfe wurden 32 Menschen getötet und über 300 verletzt. Zu weiteren Massendemonstrationen gegen das brutale Vorgehen der Polizei und Armee sowie für die Freilassung der inhaftierten "Rädelsführer' kam es in den folgenden Wochen: 60 000 Menschen demonstrierten am 2. August. 30 000 am 6. August, mehr als 90 000 am 28. August.

"Friedensfreunde"

Der Landesverband Kiel des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VdK) hat der Kampagne für Abrüstung und dem Ostermarsch die Unterstützung aufgekündigt. Den Kieler "Friedensfreunden" ist das übliche pazifistische Gedöns der Ostermarschierer immer noch nicht "unparteiisch" genug. Nach „Ansicht des Kieler" VdK dürfe man nicht "einseitig" gegen den US-Imperialismus Stellung beziehen, sondern müsse auch den "Vietkong und Nordvietnam" zur Kampfeinstellung auffordern